



## Für eine soziale Entwicklung in Hamburg

Von Inka Damerau

Mit einer sozialen Härte ohnegleichen setzt der Beust-Senat seine Politik in Hamburg fort ...

S. 2



## Die Konsequenzen des neuen Hamburger Wahlrechts

Von Urs Tabbert

Die seit letztem Sommer tagende Wahlkreis-Kommission legt im Februar erste Vorschläge vor ...

S. 5



## Die Türkei und Europa

Von Sebnem Seldüz

Im Dezember letzten Jahres hat sich die EU-Kommission für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen ...

S. 7



## „Wir zahlen gerne Steuern“

Von Dr. Jürgen Näther

Warum hört man dergleichen von deutschen Journalisten ebenso selten wie von deutschen Politikern?

S. 9



## Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich weiß nicht, ob es Euch auch so geht: Wenn ich in den letzten Tagen die Zeitung aufschlage, freue ich mich, doch die Freude weicht sehr schnell Nachdenklichkeit.

Endlich, so suggerieren einem dort Politiker gleich welchen Lagers, habe man eine Möglichkeit gefunden, den Rechtsextremen das Demonstrieren zu verbieten. Das Versammlungsrecht müsse geändert werden, und schon seien rechtsextreme Aufmärsche an historisch bedeutsamen Tagen und Orten nicht mehr möglich.

Innerhalb kürzester Zeit wird ein Gesetz entworfen, das diesem Zweck dienen soll, damit im Mai, 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, unser Land nach innen und außen ein gutes Bild abgibt.

Doch ich mache mir Sorgen: Denn wenn es so einfach sein soll, rechtsextreme Demonstrationen zu verbieten und ein so großer Konsens darüber besteht, warum haben dann nicht bereits frühere Regierungen zu diesem Mittel gegriffen? Vor einem 60. gab es doch bereits andere Jahrestage, bei denen es wichtig gewesen wäre, die Reputation unseres Landes zu schützen.

Wenn ein Eingriff in das Versammlungsrecht so einfach zu realisieren ist, wer hindert spätere Regierungen unseres Landes daran, nicht auch anderen – demokratischeren – Gruppen in unserem Land das Demonstrieren zu verbieten?

Ich habe ein großes Problem mit jedem Eingriff in die Grundrechte unserer Verfassung. Denken wir daran, dass auch die Änderung des Asylrechts vor gut einem Jahrzehnt bis heute ihre „Kollateralschäden“ verursacht: Menschen, die ein Recht auf Asyl haben müssten, werden von Land zu Land abgeschoben, bis sie schließlich in ihrem Heimatland landen, aus dem sie einst flüchteten...

Das Verbot wird übrigens nichts an den Zuständen ändern, die – zuletzt in Sachsen und Brandenburg – so viele Menschen rechts wählen ließen.

*Michael Hüttel*

# Für eine soziale Entwicklung in Hamburg

Mit einer sozialen Härte ohnegleichen setzt der Beust-Senat seine Politik in Hamburg fort: Die Streichung von Kinderkuren, die Schließung von Bücherhallen, die weitere Gebührenerhöhung bei den Kitas – um nur einige Beispiele zu nennen. Dabei setzt der Senat durchweg auf Ausgrenzung, nicht auf Integration

*Von Inka Damerau*

Unter dem Label „Wachsende Stadt“ wird dringend benötigtes Geld für Bildung, Stadtteilentwicklung und soziale Einrichtungen in Prestigeobjekte umgelenkt. Dabei



spielt der Senat die verschiedenen Gruppen gegeneinander aus. Aktuellstes Beispiel ist die Schulpolitik: Durch die hamburgweit geplanten Anmeldeverbände für Grundschulen wird den Eltern durch ihr Anmeldeverhalten die Verantwortung für Bestand oder Schließung von Grundschulen zugeschoben. Dies führt unweigerlich zu einer Spaltung von Schulen und Eltern.

Mit der Abschaffung der Lernmittelfreiheit, der Gebührenpflicht der Vorschule, der geplanten Gebührenpflicht fürs Schulschwimmen und für besondere Angebote an Ganztags- und Halbtagschulen zeigt der Beust-Senat sich ebenso bildungsfeindlich wie mit der geplanten Einführung der Studiengebühren.

So haben sich Eltern damit auseinanderzusetzen, dass in einer immer kinderärmeren Gesellschaft nicht nur die Strukturen immer kinder- und familienfeindlicher werden, sondern auch eines der wichtigsten Dinge, die Kinder auf

ihrem Weg brauchen – die Bildung – erkaufte werden muss.

## Soziale Stadtentwicklung statt Leuchtturm-Projekte

Bildung ist aber keine Ware! Bildung ist ein gesellschaftliches Gut: Bildung ist Voraussetzung für Demokratie, Wohlstand und Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen!

Einer der Arbeitsschwerpunkte des Kreisvorstandes im kommenden halben Jahr wird die soziale Stadtentwicklung sein.

Wir sind aufgerufen, einen breiten Widerstand gegen weitere soziale Kürzungen und Einsparungen zu organisieren und unsere Ideen für eine soziale Entwicklung der Stadt mit den Menschen zu diskutieren. ■

## Schwieger PageDesign

www.schwieger-d.com

### Ihr Internet-Auftritt

- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31  
22179 Hamburg  
040 -69 69 25 69  
info@schwieger-d.com

## *Sammeln gegen den Demokratieabbau*

# Zwei Initiativen zur Rettung der Volksgesetzgebung in Hamburg

Es war ein einmaliger Vorgang: Am 15.12.2004 beschloss die Bürgerschaft gegen den erklärten Willen von 593.497 Hamburgerinnen und Hamburgern, den Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) zu verkaufen. Einmalig war dieser Vorgang nicht deswegen, weil der Verkauf ökonomisch wie politisch eine krasse Fehlentscheidung war und ist; so etwas kommt in der Politik häufiger vor als uns allen lieb ist. Einmalig war dieser Vorgang, weil einer Volksabstimmung in der Sache nicht gefolgt worden ist. So etwas gesetzlich regeln zu müssen, stand bislang nicht auf der Agenda

*Von Gesine Dräger, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion*

**Z**u abenteuerlich erschien die Vorstellung, dass sich eine Regierung kaltschnäuzig über ein vom Volk abgegebenes Votum hinwegsetzen könnte.

Wie auch in anderen Bundesländern enthalten weder die Hamburgische Verfassung noch das Gesetz über die Volksgesetzgebung in Hamburg Bestimmungen über die Bindungswirkung von Volksentscheiden.

Nach dem 15.12.2004 muss dies neu bewertet werden. Nicht nur, weil an diesem Tag das Hamburgische Verfassungsgericht der Bürgerschaft das Recht zugesprochen hat, Volksentscheide per einfachem Beschluss vom Tisch zu wischen, sondern vor allem deswegen, weil es in Hamburg seit diesem Tag keinen Zweifel mehr daran geben kann, dass CDU-Fraktion und -Senat keinerlei Skrupel haben, dies auch zu tun. Trotz Verfassungsgerichtsurteil wäre keine Gesetzesänderung notwendig, wenn sich die CDU an die politischen Spielregeln halten würde – so wie alle anderen Landesregierungen (in Bayern zum Beispiel gibt es seit 1946 eine Volksgesetzgebung – noch nie wurde dort ein Volksentscheid missachtet!).

## Demokratische Defizite bei der CDU

Doch damit nicht genug. Die CDU setzt sich nicht nur über beschlossene Volksentscheide hinweg. Sie will mit einer Gesetzesnovelle auch noch neue Volksentscheide verhindern, indem sie das Verfahren für potenzielle Initiatoren verkompliziert. So soll künftig bei Volksinitiativen nur noch auf Einzelblättern gesammelt werden statt auf Listen. Die zweite Stufe – das Volksbegehren – soll nur noch bei öffentlichen Stellen unterschrieben werden und die dritte Stufe – der eigentliche Entscheid – nicht mehr parallel zu Wahlen stattfinden. Alle drei Maßnahmen sind geeignet, die Beteiligung von Bürgern zu verringern – auf Null.

Sehr schnell war klar, dass die SPD eine Initiative gegen diese Gesetzesnovelle unterstützt. Die SPD-Fraktion hat sich in einer ungewöhnlichen Debatte gegen das Ansinnen der CDU ausgesprochen: Rund 20 Abgeordnete haben sich zu Wort gemeldet. Auch die SPD Hamburg war sofort bereit, die Initiative „Rettet den Volksentscheid“ mit zu tragen.

Schwieriger war die Entscheidung, auch bei der weitergehenden, die Verfassungsändernden Initiative „Stärkt den

Volksentscheid“ mit dabei zu sein. Da war zum einen der sich schnell aufbauende Zeitdruck, der eine angemessene Beteiligung der ganzen Partei und interessierter Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Initiativen unmöglich machte.

Zum anderen gab und gibt es innerhalb der Partei durchaus verschiedene Meinungen zum Thema. Müssen Parlamentsbeschluss und Volksentscheid nicht gleichberechtigt nebeneinander stehen? Kann und soll der eine – der Volksentscheid – eine höhere Bindungswirkung haben? Wollen wir als Partei, als Befürworter der repräsentativen Demokratie mitgehen, wenn das Parlament ein Stück Kompetenz verliert?

## Zweiter Vorschlag sichert Rechte von Volk und Parlament

Der jetzt zur Unterschrift vorliegende Vorschlag enthält – neben einigen Klarstellungen zu Kompetenzen und haushaltsrelevanten Vorlagen – eine Regelung über die Bindungswirkung.

Künftig soll gelten: Will die Bürgerschaft per Änderungsgesetz ein durch Volksentscheid beschlossenes Gesetz wieder aufheben, so tritt dieses Änderungsgesetz nur mit einer Verzögerung von drei Monaten in Kraft. Innerhalb dieser drei Monate können 2,5 Prozent der Wahlberechtigten einen Volksentscheid verlangen.

Statt also einen Volksentscheid über die zwei Stufen Volksinitiative (10.000 Stimmen) und Volksbegehren (5 Prozent der Wahlberechtigten) zu erreichen, reicht in diesem Fall ein einziger Schritt mit einem abgesenkten Quorum. Wird dieses Quorum erreicht, findet ein Volksentscheid über den Vorschlag der Bürgerschaft statt.

Nur dann, wenn in diesem Volksentscheid der Vorschlag der Bürgerschaft eine Mehrheit unter den Bürgerinnen und Bürgern findet und das für Volksentscheide nötige Quorum erreicht wird, tritt das Änderungsgesetz in Kraft, und das ursprünglich vom Volk abgegebene Votum wird gegenstandslos. Gleiches gilt für sonstige Vorlagen, also Volksentscheide, die keinen Gesetzestext zum Gegenstand haben.

*Fortsetzung S. 4*

Für die Abstimmung über den LBK hieße dies folgendes: Die Bürgerschaft hätte den Verkauf des LBK beschließen können, aber nur unter Vorbehalt. Wenn innerhalb von drei Monaten rund 33.000 Stimmen zusammen gekommen wären, wäre über den Verkaufsbeschluss ein erneuter Volksentscheid angesetzt worden.

Nur dann, wenn in dieser Abstimmung die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für einen Verkauf des LBK gestimmt hätte, wäre dieser auch wirksam geworden.

Das Parlament kann also auch nach der angestrebten Regelung Volksentscheide wieder aufheben – wenn es so überzeugend argumentiert, dass es für diese Aufhebung dann im Falle eines Falles auch die Mehrheit der Wahlberechtigten hinter sich hat. Das Recht des Parlaments, Gesetze und sonstige Vorlagen zu beschließen, wird also nicht eingeschränkt – trotzdem wird dem Votum der Bürgerinnen und Bürger ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt.

### Helft den Volksbegehren durch Eure Stimme zum Erfolg

Die SPD tut sich als Partei und damit als Teil der repräsentativen Demokratie nicht leicht damit, diese zu verändern. Das ist auch richtig so. Richtig ist aber auch, dass nach dem skandalösen und in der Welt (!) einmaligen Verhalten der Hamburger CDU unter von Beust viele engagierte Hamburgerinnen und Hamburger auf unsere Partei schauen und eine Antwort von uns erwarten. Diese Antwort kann nicht nur lauten, bei uns wäre so etwas nicht passiert, weil der politische Anstand es verbietet – auch wenn das zutrifft. Diese Antwort kann nur lauten, dass wir in einem breiten Bündnis von den Gewerkschaften bis zum NABU, von attac bis zu den Mieterverbänden dafür kämpfen, dass auch die formalen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Volkes Wille künftig nicht beiseite gewischt werden kann.

Die Unterschriftenlisten zu den beiden Volksinitiativen können heruntergeladen werden auf der Seite der SPD Hamburg, <http://www.spd-hamburg.de>, oder unter [www.rettet-den-volksentscheid.de](http://www.rettet-den-volksentscheid.de). ■

# Wiederaufbauhilfe für Frauenprojekte in Sri Lanka

Seit über 15 Jahren unterstützt der gemeinnützige Marie-Schlei-Verein Ausbildungsprojekte in Sri Lanka. Hunderte Frauen wurden ausgebildet, bauten kleine Geschäfte auf, hatten ihr Auskommen als Blumen- oder Pilzzüchterin, in der Lebensmittelproduktion und Getränkeherstellung, als Friseurin, Näherin, Schmuckherstellerin oder Kioskbetreiberin



zerstörten Infrastruktur. Es muss für sauberes Wasser und Notbehaltungen gesorgt werden, die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben wieder entstehen.

Darüber hinaus brauchen

Von Christa Ranzio-Plath und Sigrid Mangold-Wegner

Die Flutwelle hat ihre Existenzen zerstört. Die Frauen sind traumatisiert. Ihre Werkstatt für die Bearbeitung von Halbedelsteinen und Herstellung von Schmuck war ihre Existenzgrundlage. Sie geben nicht auf und wollen ihr Leben neu organisieren. In Hikkaduwa, einem Gebiet im Süden, in dem es sehr große Zerstörungen gab, soll wieder eine Produktions- und Ausbildungsstätte entstehen. Dazu werden 80.000 Q gebraucht. Davon werden die neue Werkstatt, das Material, die Geräte und die Ausbildungs- und Arbeitsplätze finanziert.

Unsere Bitte: Spenden Sie gezielt für den Wiederaufbau der Projekte! Die internationale Hilfe mit schon großen Spendensummen dient der Erstversorgung und dem Wiederherstellen der

die Menschen aber auch eine persönliche Zukunftshoffnung. Und da wollen wir als langjährige Partnerorganisation in Sri Lanka helfen. Wir wollen die nötigen Gelder für den Wiederaufbau der zerstörten Geschäfte und Werkstätten einsetzen, wollen die Frauen in die Lage versetzen, wieder ein Einkommen zu erwirtschaften.

Frauen sind der Schlüssel zur Entwicklung: Wer ihnen hilft, hilft den Familien, aber auch der verzweifelten Bevölkerung, gerade im ländlichen Raum. Sie ist dringend auf eine funktionierende Versorgung angewiesen.

Sie können sicher sein: Mit Ihrer Spende für den Wiederaufbau tragen Sie zur nachhaltigen Entwicklung bei! Über eine Spende an den Marie-Schlei-Verein unter dem Stichwort „Fluthilfe Sri Lanka“ würden wir uns sehr freuen.

Bankverbindung: SPARDA Hamburg, BLZ 206 905 00, Kto. 602 035. ■

# Die Konsequenzen des neuen Hamburger Wahlrechts für die SPD

Die seit letztem Sommer unter Vorsitz von Dorothee Stapelfeldt tagende Wahlkreiskommission (WKK) legt im Februar dem Landesvorstand erste Vorschläge für eine Änderung der Parteistatuten vor. Momentan befasst sich die WKK vornehmlich mit der Frage der Kandidatenaufstellung auf Wahlkreis- und Landesebene



Von Urs Tabbert

## Welches sind die gesetzlichen Vorgaben für die Kandidatenaufstellung?

Im Gegensatz zum bisherigen Wahlrecht werden nur noch 50 Bürgerschaftssitze über die Landesliste vergeben, die übrigen – mindestens 71 – über Wahlkreislisten in den insgesamt 17 Wahlkreisen. Auf Landesebene ist eine Beibehaltung des bisherigen Delegiertensystems möglich, wohingegen auf Wahlkreisebene nun jedes Parteimitglied bei der Kandidatenaufstellung stimmberechtigt ist. Je nach Wahlkreisgröße ziehen zwischen 3 und 5 Kandidaten pro Wahlkreis in die Bürgerschaft ein. Jede Partei ist berechtigt, jeweils doppelt so viele Kandidaten aufzustellen. Wahlkreise umfassen mehrere Distrikte, wobei – wie im Falle von Winterhude-Nord – Distrikte zum Teil auch in mehreren Wahlkreisen liegen.

Die Herausforderungen der Wahlkreiskommission bestehen darin, innerhalb dieser neuen – mit den bisherigen

Parteistrukturen inkompatiblen – Strukturen parteiinterne Regelungen für die Kandidatenaufstellung zu finden. Es herrscht Einigkeit, auf Landesebene weiterhin ein Delegiertensystem beizubehalten. Kontrovers diskutiert wird noch die Zahl der durch den Landesvorstand zu bestimmenden „Kastenplätze“, allerdings vor dem Hintergrund, dass durch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens auch ein vorderer „Kastenplatz“ nicht mehr dieselbe Sicherheit für einen Einzug in die Bürgerschaft bietet wie bisher.

## Wer hat das letzte Wort bei Listenvorschlägen?

Weiterhin umstritten ist die Frage des Einflusses der Kreisvorstände auf mögliche Listenvorschläge. Sollen der Kreis oder die Distrikte das letzte Wort haben? Als Alternativentwurf steht ein „Wahlkreisvorstand“ zur Debatte, besetzt aus Vertretern der beteiligten Distrikte, der seinen Vorschlag dann mit dem Kreisvorstand abstimmt. Dies soll das Risiko divergierender Listenvorschläge verschiedener Parteigremien vermeiden. Schließlich geht es auch noch um die Quote. Vorgeschlagen wird entweder eine alternierende Listenaufstellung oder – alternativ – eine Listenaufstellung unter Wahrung der Quote für jeweils fünf aufeinanderfolgende Listenplätze. Bis September diesen Jahres, wenn voraussichtlich ein Landesparteitag über die notwendigen Änderungen der Parteistatuten entscheidet, wird sich die Wahlkreiskommission mit Fragen betreffend Wahlkampffinanzierung, Wahlkreisarbeit und Fairnesscode befassen. ■

(Fortsetzung folgt)

## Gaspreiserhöhung? Nein, danke!

Hamburger Gaskunden wurden im Oktober kräftige Preiserhöhungen beschert. Der Hamburger Gasmonopolist E.ON Hanse erhöhte seine Preise um über 10%

Viele Kunden wollten dies – zu Recht – nicht einfach hinnehmen und legten Widerspruch ein. Tausende von Verbrauchern wendeten sich zunächst an die Verbraucherzentrale, um sich kundig zu machen. Diese stellte einen Musterbrief ins Netz, mit dem man gegenüber E.ON Hanse argumentieren kann. Dieser Brief wurde ca. 40.000 Mal heruntergeladen und etwa zur Hälfte bei E.ON Hanse eingereicht.

## Warum sind die Preiserhöhungen nicht gerechtfertigt?

E.ON Hanse nutzt offensichtlich seine Monopolstellung aus, um seine Gewinne zu erhöhen. Die Argumentation: der Gaspreis sei an den Ölpreis gekoppelt.

Entscheidend kommt es jedoch auf die Gaseinkaufspreise an, und diese sind eher gesunken. Da man als Kunde auf seinen „Gasversorger“ angewiesen ist, muss dieser nach § 315 BGB nachweisen, dass er seine Preise zu Recht anhebt. Er darf nicht beliebig seine Gewinnspanne erhöhen.

## Wozu die Bürgerinitiative?

Am 3.12.04 hat sich die Bürgerinitiative gegen Energiepreiserhöhungen gegründet. Wir wollen Kontaktstelle und Informationspool sein für die Verbraucher. Wir entwickeln teilweise gemeinsam mit der Hamburger Verbraucherzentrale Strategien, um den Preiserhöhungen zu begegnen. Der Verbraucher soll faire Preise bekommen. Infos können über [sylviaschmu@aol.com](mailto:sylviaschmu@aol.com) erfragt werden. Mitstreiter sind herzlich willkommen. Die SPD Hamburg-Nord unterstützt die Ziele der Bürgerinitiative. Wer unsere ehrenamtliche Arbeit mit einer Spende unterstützen möchte, kann dies über das Konto 1 046 101 bei der Hamburger Bank (BLZ 201 900 03), Kontobezeichnung: „Sylvia Schudlach und Martin Mehmet“ tun. Stichwort: „Bürgerinitiative gegen Energiepreiserhöhung“. ■

# Wer will eigentlich was?

Wo ist in einer Gesellschaft Platz für Solidarität, wenn sie sich mehrheitlich und in schizophrener Weise auf die Individualität jedes Einzelnen beruft? Allein die Tatsache, dass Individualität von einem Großteil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger als „sehr wichtig“ eingestuft wird, lässt das Auge zucken, da dies ja eigentlich eine äußerst gemeinsame Einstellung ausdrückt. Dies zeigt sich in vielen empirisch erforschten Feldern immer wieder, besonders innerhalb einer Gruppe, den bürgerlichen Milieus

Von Timo Stampe

In Deutschland (West) gibt es innerhalb dieser Strukturgruppierung viele, die im Laufe der Nachkriegsgeschichte durch den „wirtschaftswunderlichen“ Fahrstuhl vom Arbeiter zum Kleinbürger geworden sind, was in großen Teilen auch auf das „klassische“ Wählerpotential unserer Partei zutrifft. Für Deutschland (Ost) lässt sich ähnliches schlussfolgern, nur ist es hier nicht die finanzielle Ausstattung, sondern das Belohnungssystem der SED gewesen, das bevorzugt arbeitenden Kleinbürgern das Gefühl des Aufstiegs vermittelte.

Heute versuchen viele dieser Frauen und besonders Männer diesen „Fahrstuhlbetrieb nach oben“ zu stoppen. In anderen Worten: Dem System, das sie weiter nach oben gebracht hat, auch künftig die Leistungsfähigkeit zu bewahren und integrative Fähigkeiten auszubauen – eines der Ziele der SPD.

## Das Arbeitsamt hat fertig!?

In der Zielsetzung von Hartz IV, auf einen Kundenbetreuer in der Arbeitsagentur 75 arbeitssuchende Kunden zu bringen, verbirgt sich eine Möglichkeit, über bessere Vermittlung Arbeitslosen Perspektiven außerhalb ihrer Situation zu verschaffen. Die Arbeitsagenturen berichten über hunderte Anträge auf 1- oder 2-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Menschen wollen zurück in ein Leben, dass es ihnen auch außerhalb von Heim und Herd ermöglicht, soziale Anerkennung zu erfahren und ihren Beitrag leisten zu können. Allgemeiner gesprochen werden hier endlich mehr Möglichkeiten durch die Struktur der Arbeitslosenverwaltung geschaffen, sich in neue soziale Räume einzufinden.

Auch wann und wie zum Beispiel ein neuer Fernseher angeschafft wird, muss nun nicht mehr in stundenlangen Aufent-

halten in Behörden und der oft bevormundenden Kontrolle durch Vor-Ort-Ermittler der Sozialämter entschieden werden. Im Gegenteil: Kommt man in die Lage, auf Mittel der Solidarkassen angewiesen zu sein, kann man von Anfang an als „Vertragspartner“ der Arbeitsagenturen auftreten und in der Feststellung der Bedürftigkeit somit eine ganz andere Position einnehmen. Jeder Arbeitsuchende schließt mit seinem Kundenbetreuer für sechs Monate eine Eingliederungsvereinbarung ab. Falls die Arbeitsvermittlung innerhalb dieser Zeit nicht gelingen sollte, werden andere Maßnahmen (Trainingsmaßnahmen, Weiterbildung) angeboten.

## Eine sozialdemokratische Alternative?

Kritiker bemängeln sicherlich zu Recht, dass zwischen dem, was durch die Neuordnung der Arbeitslosen- und Sozialhilfesysteme gewünscht war, und der Situation vor Ort Differenzen bestehen. Das hat aber weniger mit der bisherigen Ordnung zu tun und wird auch in Zukunft nicht so sehr mit der Neuordnung zu tun haben, sondern damit, wie unsere Gesellschaft mit einem solchen System umzugehen versteht. Natürlich sind die bürokratischen Mühlen gefordert wie nie, nur sollte man sie nicht durch verfälschte Einschätzungen zum Stocken bringen. Das Reformpaket fordert jede Einzelne und jeden Einzelnen in der Bevölkerung, sich der gemeinschaftlichen Aufgabe eines Solidarsystems wieder bewusst zu werden. Eine Umkehr dessen, was uns oft scheinbar zu Einzelschicksalen werden lässt: Die sozialdemokratische Antwort auf christdemokratischen Vulgär-Individualismus. Waren es nicht die Gleichen, die vor einiger Zeit das Einkommen von „Florida-Rolf“ hochrechneten, in der Folge eine Diskussion über Sozialschmarotzertum anzündeten

und heute eine Einkommensaufstellung von möglichen Arbeitslosengeld-Beziehern als Speerspitze deutschen Sozialabbaus deklarieren? Die Verantwortung der Kritik liegt nicht beim Staat, Institutionen oder einzelnen Akteuren allein, sie fängt in dem Moment an, in dem man sich in einem System wieder findet und bestätigt fühlt.

## Kritik muss sein, nicht nur nach oben

Durch die bundespolitischen Gegebenheiten mit Blockadepolitik des CDU-dominierten Bundesrates finden sich berechtigterweise einige unter uns in der Reformpolitik unserer Bundesregierung nicht wieder. Ganz klar, man muss auch Details betrachten und Verbesserungen vorschlagen. Man sollte sich aber auch der Gefahr der Überbewertung bewusst sein. Ein Beispiel ist die Diskussion um die Freibeträge bei den Ersparnissen von Kindern. Geht man den Statistiken dazu nach, wird man schnell ernüchert feststellen, dass in einer Familie mit einem langzeitarbeitslosen Haushaltsvorstand die Kinder über so geringe Ersparnisse verfügen, dass sie in der Statistik der Sparguthaben von allen in Deutschland lebenden Kindern den Durchschnitt fast ausschließlich nach unten drücken und somit die Diskussion völlig am Thema vorbei gelaufen ist. Und die meisten der Hilfeempfängerinnen und -empfänger scheuen sich auch nicht, auf Nachfrage ihre finanzielle Situation preiszugeben.

Ich komme zu dem Schluss, dass unsere Bundesregierung und Abgeordneten in der oft zitierten „informellen Großen Koalition“ mehr sozialdemokratische Ansätze haben durchsetzen können, als der oberflächliche Blick auf Zahlen und Beträge zulässt. Über den Rand des Geldtellers zu schauen, kann zum Gelingen einer fruchtbaren Diskussion immer besser beitragen. ■

Von Sebnem Seldüz

Es gibt sicher objektive Gründe für eine solche Debatte. Mehr waren es jedoch nicht-sachliche Argumente und innenpolitische Zwecke, die hier hinein spielten. Stoibers Bemerkung, er werde mit allen Mitteln den EU-Beitritt der Türkei verhindern, spiegelt in diesem Zusammenhang die Haltung derer wieder, die sich einer sachlichen Bewertung der „Türkei-Frage“ verschließen. Es zeigt auch deutlich, dass offenkundig aus einer Mischung von Halb- und Unwahrheiten Ängste geschürt und Vorurteile untermauert werden sollen.

Stoiber betont, die „christliche Prägung unseres Landes“ zu verteidigen. Das kann er gerne tun. Nur, vor wem will er sie verteidigen? Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die zwar das Ziel der Mitgliedschaft haben, aber dennoch ergebnisoffen geführt werden, stellen sicher keine Bedrohung für die „christliche Prägung“ dar. So bleiben Stoiber und viele andere der wortgewaltigen, selbsternannten Türkei- und Europapolitiker aus den Reihen der Union wieder einmal die Antwort schuldig.

Den Vorschlag, anstelle einer Mitgliedschaft eine so genannte „Privilegierte Partnerschaft“ zum Ziel zu erheben, kann man getrost als fadenscheiniges Ablenkungsmanöver abbuchen. So fragen Unionspolitiker wie Volker Rühe, immerhin Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, und der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz, was denn mit einer Privilegierten Partnerschaft nun genau gemeint sei. Eine Antwort bleiben Merkel und Stoiber ihnen bezeichnenderweise schuldig.

### CDU: Nur halbherziger Verzicht auf Unterschriftenaktion

Es verwundert nicht, dass Merkel beachtlich lange Zeit gebraucht hat, um den Vorstoß von Stoiber und Beckstein für eine Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei zu verwerfen. Zu groß,

so Merkel, sei die Gefahr „falsch verstanden“ zu werden. Groß schien aber ebenso die Versuchung gewesen zu sein, wie einst Roland Koch durch das Schüren von Ressentiments gegen die hier lebenden türkischen und türkischstämmigen Mitbürger auf Stimmenfang zu gehen.

## Die Türkei und Europa

Im Dezember letzten Jahres hat sich die EU-Kommission in Brüssel für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Normalerweise finden Entscheidungen in Brüssel wenig Aufmerksamkeit bei uns, scheint doch Europa im Bewusstsein der Menschen weit weg zu sein. Doch die Frage, ob mit der Türkei Beitrittsverhandlungen eingeleitet werden sollen, die eine Aufnahme in die EU zum Ziel haben könnten, beschäftigte und erhitzte monatelang die Gemüter in Deutschland

In ihren Bemühungen für eine EU-Mitgliedschaft hat die Türkei hat einen langen Weg hinter sich: Seit 1959 betreibt sie die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft und heutige Europäische Union als Vollmitglied. 1987 beantragte die türkische Regierung unter Ministerpräsident Özal offiziell die Mitgliedschaft. Im Dezember 1989 lehnte die EU-Kommission ab, da aufgrund der politischen und der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Türkei Beitrittsverhandlungen zu jenem Zeitpunkt nicht zweckmäßig seien. 1993 wurde durch die europäischen Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen ein Kriterienkatalog aufgestellt, den die Türkei bis 1999 so weit erfüllte, dass sie auf dem Gipfel von Helsinki als offizieller Beitrittskandidat anerkannt wurde und im Dezember 2000 während des EU-Gipfels in Nizza eine Beitrittspartnerschaft unterzeichnet wurde.

### Türkei – lange Jahre ein unsicherer Partner für die EU

Die wirtschaftliche, aber vor allem die politische Entwicklung der Türkei war in den letzten Jahrzehnten vielen Schwankungen ausgesetzt, nicht zuletzt wegen instabiler Regierungskoalitionen, die nie mehr als zwei Jahre hielten.

Der aktuellen Regierung von Ministerpräsident Erdogan, dessen Partei die absolute Mehrheit bei den letzten Wahlen erhielt, konnte dieser Makel, zumindest bis-

her, nicht anhaften. In den vergangenen zwei Jahren wurde eine ganze Reihe von wichtigen Reformpaketen im Parlament verabschiedet, die erhebliche Verbesserungen und Angleichungen an europäische Standards in Bereichen des Straf- und Zivilrechts, der Menschenrechte und des

Wettbewerbsrechts beinhalteten. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, kurdische Fernseh- und Radiosendungen und Sprachunterricht erlaubt, den christlichen und jüdischen Gemeinden Immobilienbesitz und -erwerb zugesprochen, ausländische Stiftungen in ihrer rechtlichen Position gestärkt.

Es bleibt natürlich abzuwarten, wie sich diese Gesetze in der täglichen Praxis und im Alltag in der Türkei bewähren.

### Beitrittsperspektive als Katalysator

Sicher werden die Beitrittsverhandlungen noch Jahre laufen. Doch es gibt schon heute sichtbare gute Gründe für einen Beitritt der Türkei. Der europäische Stabilitätsraum würde damit weit nach Südosten ausgedehnt. Die Perspektive des Beitritts wirkt als Katalysator für demokratische Reformen in einem Land, das diesbezüglich ohnehin viel bewegt hat in den letzten zwei Jahren. Und gegenüber der islamischen Welt kann daraus durchaus ein Modell für die Vereinbarkeit von Islam und Moderne entstehen.

Eine Entscheidung für die Türkei wäre im Kern eine geostrategische Entscheidung. Es geht um die Frage, ob die EU sich anschickt, eine eigenständige Rolle als Global Player zu übernehmen und aktive Nachbarschaftspolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten zu betreiben.

Die Europäische Union muss vor diesem Hintergrund die fundamentale Frage beantworten, mit welchem Selbstverständnis die Beitrittsverhandlungen auch mit zukünftigen Kandidaten geführt werden sollen. Welche Grenzen soll die Europäische Union in Zukunft haben, und welche politische Rolle soll Europa in der Welt einnehmen? ■

# Steuer- und Sozialpolitik gemeinsam denken



Von Ortwin Runde, MdB

Ich will klarmachen, warum: Bislang sind sehr viele der Ansicht, soziale Sicherungssysteme ließen sich nicht mehr wie bisher finanzieren. Man müsse die damit verbundenen Aufwendungen möglichst umfangreich von den Kosten der Arbeit entkoppeln. Mit anderen Worten: Man müsse so umfangreich wie möglich auf Steuern als Finanzierungsgrundlage zurückgreifen. In der SPD wird dazu gern auf das schwedische Modell zurückgegriffen. Aber kann dieses Modell, bei dem die sozialen Sicherungssysteme umfangreich steuerfinanziert werden, wirklich das wegweisende Muster für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Europa sein? Zugespitzt: Ist es richtig, damit verbunden den Weg zur Mindestsicherung zu beschreiten, oder sollte Hartz IV bei uns in Deutschland die Ausnahme sein? Da doch – politisch betrachtet – der deutsche Sozialstaat eine so breite Unterstützung in der Bevölkerung hat, weil wir ihn gerade nicht als Mindestsicherungssystem ausgestaltet haben. Jeder, der nun vollständig auf ein Mindestsicherungssystem umsteigen möchte, wird feststellen müssen, dass die Unterstützung von Sozialstaatlichkeit in der Breite der Bevölkerung nachlassen wird. Das macht die Übertragung der schwedischen Verhältnisse auf Deutschland schon zweifelhafter. Es stellt sich die Frage, wo die Grenze für eine – in Teilen sicherlich vernünftige – Steuerfinanzierung sozialer Sicherungssysteme liegt.

In unserer laufenden Grundsatzprogrammdebatte stehen wir vor einer großen Aufgabe: Wir müssen die Herausforderungen, die sich uns in der Steuer- und Sozialpolitik stellen, stärker in den Zusammenhängen der beiden Aufgabengebiete denken. Die finanziellen Grundlagen des Sozialstaates müssen nicht nur in abstrakten Begriffen klarer werden, sondern auch auf soliden Füßen im Konkreten stehen. Da ist noch einiges zu tun

Die stabile Steuerfinanzierung des schwedischen Sozialstaats beruht auf einer anderen Tradition als in Deutschland. In Schweden ist man eine viel höhere Steuerquote gewohnt. Die gegenwärtige Steuerkrise in Deutschland hätte eine erhebliche Brisanz für die Stabilität des sozialen Sicherungssystems. Ob eine solche konzeptionelle Grundentscheidung zu den Interessen, die die deutsche Sozialdemokratie vertreten will, passt, müssen wir uns fragen.

Konkretisieren wir diese Überlegungen zum Beispiel mit Blick auf die sogenannte Bürgerversicherung. Wie fügen sich insofern unsere Überlegungen zur Sozial- und zur Steuerpolitik zusammen? Nehmen wir ein Beispiel, das die „Wohltaten“ für unsere Klientel im Steuersystem betrifft:

Bei der Einkommensbesteuerung haben wir größere steuerfreie Beträge geschaffen: Das sogenannte einkommensteuerliche Existenzminimum von 7.664 Euro, dazu die Arbeitnehmerpauschale von 920 Euro, ergeben zusammen knapp unter 9.000 Euro. Ist eine Sozialversicherung nun steuerfinanziert, so bedeutet dies, dass in diesem Einkommensabschnitt bis 9.000 Euro keine finanzielle Basis aus Steuern für die soziale Sicherung da wäre.

Im Gegensatz zu unserem heutigen System: Da werden die Arbeitseinkommen vom ersten Euro an, also ohne Freibeträge, paritätisch zur Finanzierung der sozialen Sicherung herangezogen. Im Übrigen werden dies die wichtigsten Einkommensteuerzahler, nämlich die

mit Arbeitseinkommen, in Deutschland zur Zeit ja leider gerade nicht mehr. Dementsprechend schwierig dürfte es werden, das Sozialsystem vollständig über das Steuersystem absichern zu können.

Das gilt auch mit Blick auf die abgesenkten Spitzensteuersätze, die ebenfalls nicht zur Erhöhung der Einnahmen zur Sozialversicherung beigetragen hätten. Es bedeutet, dass der Sozialstaat weder von unten noch von oben steuerfinanziert getragen würde.

Deswegen droht der Idee der Bürgerversicherung durchaus die Gefahr, dass sie für „Unten“ nur eine Geschenkidee sein könnte. Das mag dann auch eine gewisse Reserve bei mir gegenüber gewerkschaftlichen Vorstellungen zu Freibeträgen in der Sozialversicherung erklären.

Das macht klar: Wir müssen noch viel mehr als bisher in Zusammenhängen denken – und handeln. Und es wird uns gelingen. Weil Sozialdemokraten Politik stets als Gestaltung der Realität, und diese immer begriffen ausgehend von den ökonomischen Verhältnissen, gemacht haben.

*Der Beitrag ist ein Auszug aus den mündlich vorgetragenen Überlegungen Ortwin Rundes auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu den programmatischen Alternativen zur entfestelten Globalisierung im Oktober 2004.*

*Der vollständige Beitrag kann auf der website unter [www.ortwin-runde.de/pdf/51.pdf](http://www.ortwin-runde.de/pdf/51.pdf) nachgelesen werden. Der Beitrag wurde für den NORDWIND redaktionell überarbeitet.* ■

Von Dr. Jürgen Näther

**A**ber war da nicht in den 80'ern Mogens Glistrup, der dänische Steuerrebell, der mit radikalen Steuersenkungsparolen aus dem Stand einen beachtlichen Wahlerfolg erzielte? Ist die Zustimmung der Dänen zu Steuern und Abgaben und einer hohen Staatsquote doch weniger klar, als uns jene Journalistin glauben machen will?

Zweifellos wird auch in Dänemark darüber gestritten, was dem Staat für die Erfüllung seiner Aufgaben und was Privaten für Konsum und Investitionen zur Verfügung stehen sollte. Am Ende aber kommen die Dänen und noch deutlicher die Schweden derzeit zu anderen Ergebnissen als wir: Während die deutsche Staatsquote im Jahre 2003 49,4 v.H. betrug, lag sie in Schweden bei 59 und in Dänemark immerhin noch bei 56,6 v.H. Dies und anderes teilt Albrecht Müller in der Novemberausgabe des Vorwärts mit; und auf die rhetorisch gemeinte Frage „Weniger Staat?“ antwortet er mit dem Hinweis auf frühere sozialdemokratische Flugblattinhalte: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.“

Nicht nur mich dürfte das an einen Beitrag Ortwin Rundes im Rahmen der letzten Klausur des Kreisvorstandes erinnern, als er sehr vorsichtig zu bedenken gab, dass die Schuldenlast, die unseren Gebietskörperschaften kaum noch Raum für politische Gestaltung lässt, nicht zuletzt Folge einer zu geringen Steuerquote sei und dass wir allen Anlass hätten, einmal mehr die Rolle des Staates zu diskutieren. Nach meinem Eindruck stößt er damit jedenfalls im Kreis Nord auf offene Ohren – mehr noch: Forderungen nach einer steuer- und abgabenpolitischen Kurskorrektur und einem Staat, der Aufgaben der Daseinsvorsorge angemessen und nicht nur zu Lasten künftiger Generationen wahrnehmen kann, dürften satte Mehrheiten finden.

Über eines darf man sich dabei nicht täuschen: Allgemeine Begeisterung werden entsprechende Initiativen – Anträge zum Bundesparteitag, Beiträge zur Diskussion eines neuen Grundsatzprogrammes – nicht auslösen. Vielmehr ist mit massiven interessen geleiteten, wirtschaftstheoretischen und taktischen Bedenken zu rechnen:

1. Das materielle Interesse der „meinungsführenden Eliten aus der Oberschicht“ (A. Müller) ist eindeutig. Wer ein

## „Wir zahlen gerne Steuern“

... dieser Satz einer dänischen Journalistin hat sich mir ebenso tief eingepägt wie ihre Begründung: „Wir wollen gute Kindergärten, Schulen und Universitäten.“ Warum hört man dergleichen von deutschen Journalisten ebenso selten wie von deutschen Politikern?

hinreichend hohes Einkommen und Vermögen hat, ist objektiv besser dran, wenn man seine Steuerschuld niedrig hält und ihn hinsichtlich Bildung, Gesundheit, Kulturetc. weitgehend auf seine Kaufkraft verweist. Dass seine Haltung ethisch problematisch ist und langfristig mit dem Interesse kollidiert, das auch die Oberschicht an einem sozial befriedeten Gemeinwesen haben muss, ist, wie man weiß, schwer zu vermitteln.

2. In der veröffentlichten Meinung dominieren seit jeher Stimmen, die eine hohe Staatsquote und Wirtschaftswachstum als Gegensätze begreifen. Folglich ist es üblich geworden, die Forderung nach einem schonenden Umgang mit Beziehern hoher Einkommen nicht als Rücksichtnahme auf Egoismus, sondern im Gegenteil als gemeinwohlorientiert zu begründen. Die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, was im Interesse der Oberschicht einerseits und der großen Mehrheit der lohnabhängig Beschäftigten andererseits liegt, ist eine der zentralen Aufgaben unserer Partei.

Ähnlich verhält es sich mit dem scheinbar kaum zu schlagenden Argument, schon die derzeitige Staatsquote sei dem Wirtschaftsstandort Deutschland abträglich; eine Anhebung sei volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Tatsächlich führen Ländervergleiche zu anderen Ergebnissen – und: höhere Steuern beeinflussen als solche weder die Höhe der Investitionen noch den Umfang des Konsums. Sie schaffen allerdings zusätzliche politische Entscheidungsspielräume, indem sie bei insgesamt gleichbleibenden investiven und konsumtiven Ausgaben zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hände und Transferleistungen mit sozialpolitisch positiven Umverteilungseffekten ermöglichen.

3. Die SPD wird nicht erfolgreich sein und entscheidende Wahlen nicht gewinnen können, wenn sie als Steuererhöhungspartei diffamiert werden kann. Dieses Argument, wir kennen es noch aus den

großen Zeiten von Hans Apel, ist zugegebenermaßen ein sehr gravierendes; es ist aber auch ein Todschlachargument, das uns hindern kann, die notwendige Auseinandersetzung mit den Argumenten zu 1. und 2. offensiv und erfolgreich zu führen. Ein konsequenter Verzicht darauf aber wäre so etwas wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Oder anders ausgedrückt: Auf Reformen verzichten zu wollen, die mit den Interessen kollidieren, wie sie die Oberschicht mehrheitlich für sich definiert, käme der Aufgabe sozial-demokratischer Identität gleich.

Offen bleibt hier die Frage, an welchen Steuerschrauben zu drehen ist. Kommt eine – möglicherweise differenzierte – Anhebung der Mehrwertsteuer in Betracht oder ist eher die Anhebung der Erbschafts- und/oder Vermögens- und/oder der Einkommenssteuer geeignet, negative verteilungspolitische Effekte zu vermeiden? Da politische Initiativen, die derartige Fragen unbeantwortet lassen, wenig glaubwürdig wären, muss die zugegebenermaßen schwierige Debatte möglichst bald möglichst konkret und mit möglichst verbindlichen Ergebnissen geführt werden.

Der Redlichkeit halber und zur Vermeidung von Missverständnissen ist eine Nachbemerkung unverzichtbar. Auch wenn es gelingt, eine „skandinavische“ Steuerpolitik durchzusetzen, werden Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Hände und insbesondere der Sozialkassen nicht entbehrlich. Schuldenberg, demographische Entwicklung und globaler Wettbewerb sind Faktoren, die ein „Weiter so“ auch bei deutlich höheren Steuereinnahmen nicht zulassen. Der Umbau und – sagen wir es ganz offen – die partielle Einschränkung des Sozialstaates wird nicht zu umgehen sein, wenn wir eine nachhaltige Sicherung unseres Gemeinwesens gewährleisten wollen. Sich darauf einzustellen, dass Umverteilungspolitik Grenzen hat, ist nicht etwa defätistisch sondern realistisch.

## Ein Jahr Praxisgebühr

Das Jahr beginnt mit Sorge wegen der Mehrausgaben für die Patienten und der bürokratischen Neuerungen, die damit verbunden sind. Natürlich wird in allen erdenklichen Varianten über die Praxisgebühr geschimpft, aber die meisten machen mit

# Eindrücke einer Hausärztin auf St. Pauli

Von Sibylle Quellhorst

Es gibt unendlich viele aufklärende Gespräche schon in der Anmeldung, aber vor allem auch im Sprechzimmer. Unermüdlich versuchen wir in den ersten Wochen Sinn beziehungsweise Unsinn dieser Reform unseren eher wenig betuchten Patienten zu erklären. Auch der direkte Umgang mit Geld und dessen Verwaltung ist für uns alle sehr ungewohnt.

### Bürokratie verhindert schnelle Behandlung

Wenig später ruft mich ein Patient an, der vor Schmerzen nicht mehr laufen kann. Er hat Durchblutungsstörungen in den Beinen. Da er von Sozialhilfe lebt, musste er nun statt des üblichen Krankenscheins bei einer Versicherung angemeldet sein, um eine Versichertenkarte zu erhalten. „Frau Doktor, was soll ich tun? Ich habe noch keine Versichertenkarte und kann deswegen noch nicht zu Ihnen kommen, und ins Krankenhaus will ich nicht gehen. Da muss ich ja 10 Euro täglich zahlen. Das kann ich aber nicht.“

Eine Woche später kommt er per Rad angefahren, das tut weniger weh. Die Versichertenkarte ist immer noch nicht da, aber er hat eine vorläufige Bescheinigung vom Sozialamt mit. Damit kann ich ihn zu weiteren Untersuchungen schicken. Dies soll mit einem Transport geschehen. Dazu schreibe ich ihm ein Attest, damit die Krankenkasse im Ausnahmeverfahren den

Transport bewilligt. In den ersten Januar-Tagen ist zunächst kein Transport außer der ins Krankenhaus auf Kassenkosten erlaubt. Die Kasse bewilligt die Kosten, aber trotzdem muss der Patient dieses Geld erst mal auslegen. Dazu leiht er sich Geld von Nachbarn (es dauert etwa sechs Wochen, bis er seine Auslagen zurück bekommen hat).

Ähnlich schwierig läuft es bei einem anderen Patienten, der einen rückenmarksnahen Tumor hat und deswegen mit einem Transport zur geplanten Bestrahlung gebracht werden soll. Die Kostenbewilligung für die Transporte muss mit Nachdruck beantragt werden und wird dann auch bewilligt. Aber der Patient soll die Fahrtkosten erst mal auslegen. Das kann er nicht als Sozialhilfeempfänger, und deswegen hat er dann die gesamte Behandlung abgelehnt. Heute ist er querschnittsgelähmt ...

### Behandlungsabbruch aus Geldmangel

Die Besuche in meiner Reha-Einrichtung, wo ich Sprechstunde für ehemals Drogenabhängige mache, bringt mich immer wieder in schwere Gewissenskonflikte. Die Leute haben zum Teil nur 40 Euro monatlich Taschengeld zur Verfügung und sollen davon 10 Euro Praxisgebühr zahlen. Das Lamento ist immer groß. Die wollen dann lieber garnicht von mir behandelt werden, auch wenn sie Beschwerden haben.

Ähnlich ergeht es mir im Hospiz, wo ich einige Patienten betreue. Schon allein mein Wunsch nach einer einheitlichen Re-

gelung für die Abwicklung der Praxisgebühren und den Umgang mit den Neuerungen der Medikamentenverordnung und deren Kosten bringt heftige Diskussionen mit der Leitung mit sich.

Einige unserer substituierten Drogenabhängigen kommen im Januar erst mal gar nicht. Das wöchentliche Rezept bedeutet für sie nämlich mindestens 5 Euro, das heißt 20 Euro im Monat plus die Praxisgebühr.

Viele dieser Patienten haben auch eine Dauermedikation mit einem Psychopharmakon, da sie psychisch krank sind. Das heißt weitere Rezeptgebühren. Also brechen einige die Behandlung ab, bis sich die Schwarzmarktpreise deutlich in die Höhe entwickelt haben oder die Betroffenen krankenhauspflichtig werden wegen Komplikationen.

Erst nach zwei bis drei Monaten fällt auf, dass manche unserer chronischen Zucker- und Bluthochdruckkranken gar nicht mehr kommen, um sich Folgerezepte für ihre regelmäßigen und notwendigen Dauermedikamente abzuholen. Ein, zwei Patienten habe ich erst jetzt am Ende des Jahres wiedergesehen – in einem deutlich schlechteren Gesundheitszustand. Aber sie haben kein Geld für die Praxisgebühr und die hohen Rezeptgebühren. Diese Betroffenen leben meist in einem Umfeld, das sie nicht auf ihren Anspruch einer Zuzahlungsbefreiung und den Weg dorthin aufmerksam macht.

### Notdienst nur gegen 10 Euro?

Vor einigen Tagen besucht mein Kollege im Notdienst ein betagtes Ehepaar. Sie hat zunehmende Herzrhythmusstörungen mit Schwindel und Luftnot. Rasches medizinisches Eingreifen ist notwendig. Erst als der Einsatz zuende ist und er wieder im Taxi sitzt, fällt es ihm siedend heiß ein: Er hat vergessen, die 10 Euro zu kassieren. Aber ist das nicht auch gnadenlos, in so einer Notsituation bei einem Schwerkranken eine Gebühr zu kassieren?



## 2. Programmforum der SPD Nord

# „Die Zukunft der Arbeit“

am Montag, 4. April, 19.30 Uhr im Gemeindesaal,  
Am Hasenberge 44 (beim SPD-Kreisbüro,  
über U/S-Ohldorf)

mit **Ottmar Schreiner, MdB, Bundesvorstand der AfA**

Müssen wir das Ziel der Vollbeschäftigung aufgeben? Können wir es nur mit einem großen Niedriglohnsektor erreichen? Welche Arbeitsfelder werden in Zukunft wichtig sein? Wo kann neue Arbeit entstehen? Unter welchen Bedingungen werden wir zukünftig arbeiten? Was wird aus den traditionellen Berufen? Was hat es mit der „Dienstleistungs-„ oder „Wissengesellschaft“ auf sich?

All diese Fragen rund um das Thema „Arbeit“ beschäftigen uns schon heute täglich, wenn es z.B. um Hartz-Gesetze oder Mindestlöhne geht. Doch sie reichen weiter, sie verlangen nach langfristigen Antworten und Strategien. Deshalb ist die „Zukunft der Arbeit“ ein Kernthema für das neue Grundsatzprogramm der SPD, das im November beschlossen werden soll.

Mit Ottmar Schreiner, dem Vorsitzenden der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer/innenfragen (AfA), wollen wir die Antworten der SPD auf diese Fragen diskutieren. Alle sind herzlich eingeladen!

## Juso-News

Die Jusos Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde haben am 15.12. ihren neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist der 23jährige Jurastudent Florian Pudlas, seine Stellvertreterin ist die 19jährige Erzieherin Ariane Hille. Der Vorstand wird komplettiert durch Sven Herrmann (29 Jahre, SAP-Entwickler), der als Beisitzer dem Vorstand angehört.

Sehr positiv sind in der Gruppe die oft kontroversen Diskussionen zu verschiedensten Themen aufgenommen worden. Diese führen zu einer lebendigen und inhaltlich starken Gruppe junger Sozialdemokraten. Wir sind sicher, lange in dieser Konstellation unseren Beitrag zur Politik leisten zu können. Für Interessierte, die uns gerne einmal besuchen wollen oder auch mitmachen möchten: Wir treffen uns immer am 2. und 4. Mittwoch im Monat. Am Besten ist es jedoch, noch einmal auf unserer Internetseite ([www.jusos-buh.de](http://www.jusos-buh.de)) nachzusehen oder einfach anzurufen.

(Ansprechpartner für Jusos aus BUH: Florian Pudlas 01 73/6 21 08 56)

# Rechtsanwälte Scharf & Wolter



in Hamburg-Barmbek:

**Elmar Böhm**

Strafrecht

Jugendstrafrecht

Ausländerrecht

(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Adriana Grau**

Mietrecht

Verkehrsrecht

Arzthaftungsrecht

Allg. Zivilrecht

(Interessenschwerpunkte)

**Dr. Alexander Scharf**

Fachanwalt für Arbeitsrecht

(Kündigung, Befristung, Lohn,

Betriebsverfassungsrecht)

(Tätigkeitsschwerpunkte)

Beratung auch auf Russisch

**Gernot Wolter**

Fachanwalt für Familien-

recht (Scheidung,

Sorgerecht, Unterhalt),

Erbrecht, Verkehrsrecht

(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/61 1 699 62**

in Hamburg-Bergedorf:

**Julia Laloire**

Familienrecht

Erbrecht

Verkehrsrecht

(Interessenschwerpunkte)

**Jessica Selonke**

Arbeitsrecht

Mietrecht

Allg. Zivilrecht

(Interessenschwerpunkte)

**Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61**

[www.scharf-und-wolter.de](http://www.scharf-und-wolter.de)

# Wir gratulieren ...

Natürlich können wir im Nordwind nicht jedem Mitglied persönlich zum Geburtstag gratulieren – das würde den sechzehnteiligen Rahmen doch erheblich sprengen. Schade ist es natürlich trotzdem, denn schließlich sind alle unsere Mitglieder etwas Besonderes – ihre Stärken, Talente und Erlebnisse würden sicherlich Bücher füllen. Wenn ich hier zwei Menschen ausdrücklich erwähne, dann weil sie für mich etwas repräsentieren, was ich bei vielen unserer älteren Genossinnen und Genossen bemerkt habe

Von Kerstin Völsch

**L**adies First: Am 2. Februar ist Rosamunde Pietsch 90 Jahre alt geworden. Rosamunde gehörte 1945 zu den ersten Polizistinnen im Nachkriegs-Hamburg, sie war die erste Leiterin der weiblichen Schutzpolizei und gilt als deren „Urmutter“. Schnell hat sich Rosamunde Pietsch bei der Polizei weiterqualifiziert und war dabei oft „allein unter Männern“.

Rosamunde hatte sich schon früh für die SPD entschieden und ist dann dabei geblieben: Erst im Dezember des letzten Jahres hat

der Landesvorsitzende sie für 70 Jahre Mitgliedschaft in der Partei geehrt. Wie so viele andere hat sie sich immer engagiert: Selbstverständlich, unaufgeregt, zuverlässig, verbunden auch mit Gewerkschaft und Arbeiterwohlfahrt – das gehörte einfach dazu.

Jörn Westendorf feierte am 14. Februar seinen 80. Geburtstag. Jörn war von 1968 bis 1988 Kreisgeschäftsführer der SPD in Hamburg-Nord, damals hieß das noch „Parteisekretär“. Es gab viele politische und personelle Veränderungen im Kreis in dieser Zeit: Das ist für die „unparteiischen Hauptamtlichen“, deren Aufgabe es ist, das Parteileben im ideologischen Richtungsstreit am Laufen zu halten, nicht immer einfach. Jörn, so sagen seine ehemaligen Kollegen, war kein angepasster, sondern ein streitbarer Parteisekretär im besten Sinne, der nichts als gottgegeben betrachtete und immer mit vollem Einsatz gewirkt hat. Auch seine Arbeit hat die Partei geprägt. Wenn man ihn fragt, erzählt er davon, aber „jetzt sind andere dran, einmischen tue ich mich da nicht“, sagt er bescheiden. Und von seinem Achtzigsten will er auch nicht viel Aufhebens machen: „Zum Geburtstag bin ich im Urlaub, für achtzig Jahre müsst ihr mich noch nicht feiern!“

Was mich an unseren Jubilaren und Geburtstagskindern immer wieder beeindruckt, ist die selbstverständliche Treue zur Sozialdemokratie, das Engagement für das Gemeinwohl über das „normale“ Maß hinaus. Sie erinnern uns daran, dass die Mitgliedschaft kein Selbstzweck ist und weit über die Befriedigung persönlicher Eitelkeiten und Bedürfnisse hinaus geht.

Um noch einmal Jörn Westendorf zu zitieren: „Wir waren immer stolz darauf Sozialdemokraten zu sein – das war etwas ganz Besonderes!“

Rosamunde, Jörn und allen anderen, die Jubiläen und Geburtstage feiern, wünschen wir alles Gute und sagen DANKE!

## Gratulationen

### Die Geburtstagskinder im Februar, März und April 2005

(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf):

- 70 Jahre: Rolf Schewiora (04.02.), Klaus Lange (09.02.), Harald Sobisch (15.02.), Sungurtekin Oktay (08.04.), Georg Baumann (14.04.)  
 75 Jahre: Günther Rellin (09.02.), Erich Schmidt (14.02.), Gerd Walter Grünhut (24.02.), Hans J. Alberts (12.03.), Waldemar Guttmann (12.03.), Gerhard Gründler (21.03.), Peter Edeler (27.03.), Albert Lederhof (04.04.), Peter Schulz (25.04.)  
 80 Jahre: Henny Stamp (05.02.), Jörn Westendorf (14.02.), Hans Heinrich Unrau (05.03.), Ruth Schwarz (10.03.), Ewald Sternberg (20.03.), Reinhold Wurzer (20.03.), Harald Stobbe (23.03.), Karl Heinz Lorenz (13.04.)  
 85 Jahre: Adolf Gefeke (13.02.), Ingeborg Bode (28.02.), Otto Mohr (22.03.), Carry-Anna Bär-Hermann (27.03.), Walter Sauer (30.04.)  
 90 Jahre: Rosemunde Pietsch (02.02.), Gertrud Detje (05.03.), Lieselotte Pschorr (08.03.)  
 und ganz besonders: Frieda Jochimsen wird am 04. April 100 Jahre alt!

**Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen alles Gute und vor allem Gesundheit!**

### Die Jubilare im Februar, März und April 2005 (ab 40 Jahre Parteizugehörigkeit):

- 40 Jahre: Franklin Kopitzsch (Februar 1965), Hans Langenberg (Februar 1965), Jürgen Prott (Februar 1965), Konny G. Neumann (März 1965), Herbert Nierhaus (April 1965), Herbert Reimer (April 1965)  
 50 Jahre: Heinz Schlüter (Februar 1955), Lieselotte Ziebell (März 1955), Hans Apel (April 1955), Ernst Ludwig Schulz (April 1955)  
 75 Jahre: Grete Moss (Februar 1930)

**Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue, ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement!**

# AG 60plus – was wir machen

Von Werner Kiebel, Vorsitzender AG 60plus  
im Kreis Hamburg-Nord

**S**elbstbewusstsein und Engagement, das zeichnet die Älteren in der Volkspartei SPD aus. Die heute über 60jährigen sind voller Vitalität, beweglich und lebensfroh. Sie haben sich in der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus zusammengeschlossen, nicht zuletzt, um ihre Interessen innerhalb der Partei wie auch nach außen selbst zu formulieren und aus eigener Kraft zu vertreten.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus setzt sich ein für eine Korrektur überholter Altersbilder. Initiative und Leistungskraft,

Gesundheit und Lebensfreude enden nicht im Ruhestand. Die Freiheit von beruflicher Verpflichtung schafft erst den Freiraum für neue Aktivitäten.

Die Alten wollen am öffentlichen Leben teilhaben, sie lassen sich nicht (mehr) ausgrenzen. Das ist gut so. Denn die ganze Gesellschaft braucht die Produktivität und Kreativität, die Erfahrung und die Phantasie ihrer älteren Mitbürger; das heißt sie setzt sich nicht nur für die eigene Generation ein. Gesucht wird gleichfalls das Bündnis mit anderen Gruppen und der jüngeren Generation. Mitwirken bedeutet in der AG 60plus, dass alle, die es möchten, tatsächlich mitmachen. Deshalb lade ich Sie und Euch alle ein mitzutun. ■

## Der Altenplan und die Altenpolitik für den Bezirk Nord

Vor etwa drei Jahren beauftragte die Bezirksversammlung den Bezirksamtsleiter, einen neuen Altenplan zu erstellen. Der bereits existierende Plan aus dem Jahr 1978 (von der Behörde unter der Leitung des früheren Bezirksamtsleiters Weidemann erstellt) wird mit seinen Plandaten den heutigen Verhältnissen und Bedürfnissen der Senioren und Seniorinnen dieser Stadt nicht mehr gerecht. Er bedarf für die künftige Entwicklung der Lebensbedingungen älterer Menschen im Bezirk dringend der Überarbeitung

Von Günter Herch

**D**er Altenplan soll mit seinem Datenmaterial die Lebensumstände der älteren Mitbürger im Bezirk abbilden: Er liefert konkretes, statistisch aufbereitetes Zahlenmaterial zu Anzahl, Nationalität und Altersstruktur, anhand dessen für einen zumindest mittelfristigen Zeitraum Wachstum und Veränderung hochgerechnet werden können.

Der Plan soll die Grundlage für die Beantwortung der Frage bieten, ob in ausreichender Zahl altengerechte Wohnungen vor-

handen sind und ob weitere erstellt werden müssen, um den künftigen Bedarf zu decken. Bei der Konzipierung von Altenwohnanlagen soll der Plan gleichzeitig Plätze für Grün- oder Parkanlagen ausweisen. Dort, wo ältere Menschen (und Familien mit Kleinkindern) leben, sollen nicht nur eine an den Bedürfnissen orientierte Infrastruktur, sondern auch Verkehrsmittel, die Ältere (und Frauen mit Kinderwagen) erreichen können, vorhanden sein.

Das Fernsehen und seit einiger Zeit auch das Internet haben insbesondere für ältere Menschen einen hohen Unterhaltungswert. Doch beides ist kein Ersatz für die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen. Der Altenplan soll Zahl, Umfang und substantielle Inhalte von Begegnungsorten für ältere Menschen ausweisen. Er muss Perspektiven für die Zukunft dieser Einrichtungen aufzeigen, und er soll die Frage beantworten, ob wegen einer mangelhaften Integration der Migranten für diese eigene Einrichtungen zu schaffen sind.

Diese und viele Fragen mehr stellen sich den Politikern. Die Altenpolitik und der Altenplan sollen es Seniorinnen und Senioren ermöglichen, ihren Lebensabend angemessen zu gestalten. Sie waren es, die sich um den Wohlstand unseres Volkes verdient gemacht haben – viele haben Ehrenämter bekleidet beziehungsweise tun dies immer noch.

Der Bezirksseniorenbeirat hat dem Bezirksamtsleiter, aber auch den in der Bezirksversammlung vertretenen Fraktionen seine Vorstellungen unterbreitet. ■



## Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

### Kreisvorstand Hamburg-Nord 2004

Vorsitzende	Inka Damerau	22175, Hohnerkamp 30a	64 20 25 32
Stellvertretende Vorsitzende	Verena Blix	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Stellvertretender Vorsitzender	Martin Gödde	20251, Eppendorfer Weg 269	4 60 32 75
Schatzmeister	Ralph Bornhöft	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Beisitzerin	Anja Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	2 79 64 38
Beisitzer	Thomas Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	2 79 64 38
Beisitzerin	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20
Beisitzerin	Wiebke Gülcubuk	20535, Horner Weg 45a	5 31 94 06/01 77-3 32 33 99
Beisitzer	Peter Holldorf	22419, Foorthkamp 46	52 73 23 17
Beisitzer	Michael Hüttel	20251, Geschw.-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Beisitzer	Elmar Böhm	22083, Bachstr. 135	22 73 92 50
Beisitzerin	Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Beisitzer	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Beisitzer	Manfred Köster	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	27 16 68 03
Beisitzerin	Helga Kuhlmann	22081, Langenrehm 12	2 99 39 71
Beisitzer	Urs Tabbert	22529, Münsterstr. 10a	52 01 42 52

### Distrikte

Langenhorn-Nord	Thomas Stripp	22417, Sonnenwende 30	4 05 20 91 86
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	22417, Holitzberg 23	53 0356 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruich	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Daniel Gritz	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Winterhude-Nord	Angelika Bester	22297, Brabandstr. 21b	51 32 47 46
Jarrestadt	Jan Quast	22397, Duvenstedter Berg 60	2 79 49 09
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Thomas Grabenkamp	22307, Alte Wöhr 7c	41 09 70 56
Barmbek-Mitte	Kai Ermes	22335, Brombeerweg 31	20 97 08 76
Dulsberg	Marion Hanusch	22049, Olivaer Str. 1	6 90 65 66
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Sönke Klages	22305, Vollmersweg 6	22 73 93 97

### Arbeitsgemeinschaften

AsF	Sylvia Schmudlach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
	Heike Lucas	20249, Faaßweg 4	46 09 17 40
JUSOS	Marianne Hirschberg	22305, Vollmersweg 6	
AfA	Norbert Heinrichs	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20/01 72-8 36 62 66
	Hartmut Dignas	22527, Wördemanns Weg 10	
60 plus	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	
	Rolf Hohmann	22335, Alsterkrugchaussee 399	

### Bürgerschaftsabgeordnete

Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26/4 28 31-13 35
Wilfried Buss	22397, Krempenhege 101 A	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	22085, Hans-Henny-Jahnn-Weg 44	
Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20/51 32 47 12
Jan Quast	22303, Preystr. 13	27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61/51 32 47 14

### Sonstige Ansprechpartner

Stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung	Heidmarie Hermann	22299, Lattenkamp 12	5 11 96 51
Vorsitzender der Bezirksfraktion	Dr. Peter Tschentscher	22307, Elligersweg 8	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	22395, Immenhorstweg 96	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek	Hans-Werner Nebel		4 28 04-50 21
Ortsamtsleiter Fuhlsbüttel	Günter Schwarz		4 28 04-40 01

# Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

## Kreisvorstandssitzungen

Die nächsten Kreisvorstandssitzungen finden statt am:

Mi., den 09. März/20. April/18. Mai/15. Juni  
Die Sitzungen sind wie immer offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und finden jeweils um 19 Uhr in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44 statt

## Neumitgliederabende

Eine gute Gelegenheit sich auf Kreisebene kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und mehr zu erfahren über die Möglichkeiten sich zu beteiligen. Neue und „zugereiste“ Mitglieder werden schriftlich eingeladen.

Unsere Termine in 2005:

Mo., 07. März/13. Juni/17. Okt., jeweils 19 Uhr  
in unseren Räumen im Kreisbüro,  
Am Hasenberge 44

## Landesparteitag

Der nächste Landesparteitag findet am 05. März statt und ist auch der Auftakt zur Mitgliederwerbaktion. Delegierte und Ersatzdelegierte werden über die Landesorganisation schriftlich eingeladen. Mitglieder, die teilnehmen möchten, melden sich bitte über ihr Kreisbüro an

## Besuche in der Hamburger Bürgerschaft

Einführung durch eine/n Abgeordnete/n oder deren Mitarbeiter und Besuch der Sitzung (ca. 14.30 bis 17 Uhr)

Mi., 09. März/13. April/25. Mai/08. Juni  
Anmeldung bitte im Kreisbüro unter 460 30 42

## Berlinfahrten 2005

Tagesfahrt mit Programm und Mittagessen.  
Teilnahmebeitrag 30,- € (erm. 25,- €).  
Di., 12. April/14. Juni/20. Sept./08. Nov.  
Mehr Informationen und Anmeldung im Kreisbüro unter 460 30 42

## Arbeitskreise Bildung, Grundsatzprogramm und Gesundheit/Soziales

Gibt es bei uns im Kreis und sie tagen regelmäßig. Wenn euch diese Themen interessieren, reicht ein Anruf im Kreisbüro und ihr bekommt in Zukunft die Einladungen dazu

## Mentoring-Programm

Politik erfahren – begreifen – gestalten  
Mitmischen, mitmachen, mitgestalten. Wie geht das? Wie funktioniert Partei? Und wer macht was? Wie steigt man ein und wer zeigt, wo's langgeht?

Unser Mentoring-Programm 2005 findet vom 1.-30. Juni statt. Der Einladungsflyer kann im Kreisbüro angefordert werden – Telefon 460 30 42.

Alle Politikbereiche werden angeboten: Sitzungen der Vorstände, der Arbeitskreise, der Distrikte, der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung. Zusätzlich gibt es Termine mit Abgeordneten und Hauptamtlichen. Ansprechpartner stehen jeweils zur Verfügung, um Fragen zu beantworten und Abläufe zu erklären.

Das Mentoring-Programm dauert vier Wochen. Innerhalb dieser Zeit kann aus ca. 80 Terminen ausgewählt werden, ein persönlicher „Stundenplan“ wird auf einem Auftakttreffen festgeklopft. Die Termine finden tagsüber und abends statt. Eine Terminübersicht wird eine Woche vor Beginn zugeschickt.

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet unter [www.spd-hamburg/Nord](http://www.spd-hamburg/Nord) eingesehen werden  
– hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte.

Wir sprechen mit Ihnen  
und helfen, wo wir können

**SPD**

Zentrales Bürgerbüro  
Dienstag, Mittwoch und  
Donnerstag  
14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32 /-0  
Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg



SPD Hamburg-Nord, 22337 Hamburg  
PVSt, DP AG, C 54203 Entgelt bezahlt

**Preisrätsel**

Von wem ist dieses Gedicht und wann ist es entstanden:

**Die freie Marktwirtschaft**

*Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.  
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.  
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.  
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.  
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,  
wir wollen freie Wirtschaftler sein!  
Fort, die Gruppen – sei unser Panier! Na, ihr nicht. Aber wir.*

*Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,  
keine Renten und keine Versicherungen, Ihr solltet euch allesamt was schämen, von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!  
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn – wollt ihr wohl auseinandergehn!  
Keine Kartelle in unserm Revier!  
Ihr nicht. Aber wir.  
Wir bilden bis in die weiteste Ferne Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.  
Wir stehen neben den Hochofenflammen in Interessengemeinschaften fest zusammen.*

*Wir diktieren die Preise und die Verträge – kein Schutzgesetz sei uns im Wege.  
Gut organisiert sitzen wir hier ...  
Ihr nicht. Aber wir.*

Wer der Preisfrage auf die Spur gekommen ist, sende eine Mail an Verena Blix unter: [vblix@web.de](mailto:vblix@web.de). Zu gewinnen gibt es das Buch von Albrecht Müller, „Die Reformlüge“.



**NORDWIND-Förderabo**

Unsere Kreiszeitung NORDWIND ist ein wichtiges Kommunikationsmittel. Der NORDWIND ist bei Lesern und Autoren als meinungsstarke Mitgliederzeitschrift sehr beliebt. Wir sind der Meinung, dass auch und gerade in Krisenzeiten zuletzt an der Öffentlichkeitsarbeit gespart werden darf. Der NORDWIND-Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Somit bieten wir im Vergleich zu manch anderem Kreis in Hamburg ein Mehr an Service für alle Genossinnen und Genossen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Damit dies allerdings nachhaltig sicher gestellt werden kann, appellieren wir an alle Leser und Autoren, sich zu überlegen, ob sie nicht einen finanziellen Zuschuss für den NORDWIND aufbringen können. Hierfür sind uns – steuerlich absetzbare – Spenden in jeder Höhe willkommen. Als Richtschnur können die folgenden, jährlichen Beträge für vier Ausgaben pro Jahr dienen:

100,-€ = „idealistischer Preis“ • 50,-€ = „politischer Preis“ • 10,-€ = „solidarischer Preis“

Außerdem weisen wir noch einmal darauf hin, dass der Nordwind auf der Seite der SPD Hamburg-Nord als PDF-Datei heruntergeladen bzw. über das Kreisbüro auch direkt an die Mitglieder gemailt werden kann. Beim Versand wird bereits versucht, Doppelbeziehern wie bsp. mehreren Familienmitgliedern nur ein Exemplar zu schicken – es wäre aber hilfreich, wenn dem Kreisbüro mitgeteilt würde, wo solche „Familienbezüge“ möglich sind. Bankverbindung: SPD Hamburg-Nord, "NORDWIND-Förderabo", Konto-Nr. 1 010 251 906, Haspa, BLZ: 200 505 50.

**Impressum**

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 19):**

30. April 2005. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken:  
Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg

✉ Per Mail:  
[michael.huettel@t-online.de](mailto:michael.huettel@t-online.de)  
[urstabbert@web.de](mailto:urstabbert@web.de)

☎ Telefonisch:  
Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48  
Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

**Herausgeber:**

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge  
44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42  
Fax: 46 23 68 · E-Mail: [hh-nord@spd.de](mailto:hh-nord@spd.de)  
[www.spd-hamburg.de/](http://www.spd-hamburg.de/) Nord

**v.i.S.d.P.:** Inka Damerau

**Redaktion:**

Michael Hüttel, Urs Tabbert  
**Gestaltung:** acceptDESIGN, Hamburg,  
[www.acceptDESIGN.de](http://www.acceptDESIGN.de)  
**Druck:** Hein&Co, Hamburg

**Printmedien  
Schulungen**



Idee · Konzeption · Gestaltung  
acceptDESIGN · Th. Biedermann Hamburg  
0 40/6116 9771 · [www.acceptDESIGN.de](http://www.acceptDESIGN.de)